10. Sächsischer Kleinhandelstag in Riesa.

In den gastlichen Mauern Riesas fand am gestrigen Sonntag **der 10. Sächsische Kleinhandelstag mit anschließendem Vertretertag des Landesausschusses des Sächsischen Kleinhandels e. V. sowie der 19. Gautag des Gaues Sachsen im Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands (e. V.) Vertretung von Handel und Gewerbe** statt. Aus allen Gauen Sachsens waren die Vertreter von Handel und Gewerbe erschienen, um in wichtigen Beratungen zu den brennenden Fragen der Zeit Stellung zu nehmen.

Der Haupttagung ging am Sonnabend abend eine **Sitzung des Vorstandes des Landesausschusses** des sächsischen Kleinhandels voraus, die interner Natur war.

Am Abend fand in der „Elbterrasse" ein zwangloser **Begrüßungsabend** statt, veranstaltet von dem gastgebenden Verein für Handel und Gewerbe für den Amtsgerichtsbezirk Riesa und Umg., der einen sehr netten und anregenden Verlauf nahm und zu dem als Vertreter der Stadt Riesa Herr Stadtrat Dr. Schroeter erschienen war. Musikalische Darbietungen und Ansprachen teils ernster, teils heiterer Art wechselten einander ab und boten eine willkommene Unterhaltung.

•

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die

große Kundgebung

am Sonntag mittag 1 Uhr im Saale des Hotel „Höpfner", die einen starken Besuch aufwies und zu der als Redner die Herren Landtagsabgeordneter **Jähnig**, Mittweida, Landtagsabgeordneter **Ziller**, Dresden und Reichstagsabgeordneter **Beythien**, Hannover, gewonnen waren.

Die Tagung eröffnete der Vorsitzende des Landesausschusses des Sächsischen Kleinhandels Stadtrat **Köhler**-Dresden. Er hieß die Erschienenen, insonderheit die stattliche Anzahl der anwesenden Ehrengäste, herzlichst willkommen und wies kurz auf die segensreiche Tätigkeit während der verflossenen zehn Geschäftsjahre des Verbandes hin. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. Herrn Oberregierungsrat Dr. v. **Buch** als Vertreter des Wirtschafts- und des Finanzministeriums, sowie des Ministeriums des Innern, Herrn Stadtrat Dr. **Schroeter** als Vertreter der Kreishauptmannschaft und der Stadt Riesa und gleichzeitig in Vertretung des beurlaubten Ersten Bürgermeisters Herrn Dr. Scheider, ferner Herrn Reichstagsabgeordneten Findeisen, Herrn Landtagsabgeordneten Schüppel-Burkhardtsdorf, ferner Vertreter der Handelskammern Plauen und Zittau, Vertreter der Landesgewerbebank Dresden, der Gewerbekammern Dresden, Leipzig und Zittau, Vertreter des Drogisten-Vereins Dresden und des Edeka-Verbandes Berlin; außerdem waren als Ehrengäste zugegen Herr Studiendirektor Oehme, sowie die Herren Stadtv. Abeck, Billing, Rühling, Schinkel, Schmidt, Steinbach, Tröger und Weckbrodt. Der Innungsausschuß war vertreten durch die Herren Obermeister Billing, Harz, Mammitzsch und Pietzsch. Als Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes wohnte Herr Fabrikant Hoede der Tagung bei, als Vertreter der Gewerbebank Riesa war Herr Dechert anwesend, außerdem hatte an der Ehrentafel noch Herr Bankdirektor Romberg Platz genommen.

Mehrere kurze **Ansprachen**, in denen u. a. Herr Stadtrat Dr. **Schroeter** den Teilnehmern herzlichsten Willkommensgruß namens der Stadt entbot und in denen die besten Wünsche für einen guten Erfolg der Tagung zum Ausdruck gebracht wurden, leiteten über zu den drei Hauptvorträgen.

Landtagsabg. **Jähnig**-Mittweida sprach über

„Allgemeine mittelständige Zeit- und Wirtschaftsfragen".

Er forderte zur Geschlossenheit auf gegen die Trusts und Syndikate, die verteuernd auf die Preispolitik einwirkten und worunter der Kleinhandel als Letztverteiler gegenüber dem Verbraucher besonders zu leiden hat. Besonders geißelte Redner die einseitige Anwendung der Preis- und Wuchergesetzgebung Kleinhandel und Gewerbe gegenüber, während Trusts und Syndikate von schikanösen gesetzlichen Bestimmungen dieser Art verschont seien. Durch die noch immer in Anwendung befindliche Preis- und Wuchergesetzgebung werde das Vertrauen zwischen Händler und Verbraucher dauernd gestört und es sei ein Gebot der Stunde und Zeit, gesetzgeberische Maßnahmen, die durch die Verhältnisse überlebt sind, fallen zu lassen. Redner übte weiterhin Kritik an der ungeheuren Steuerlast, unter der insbesondere Handel und Gewerbe seufzen, habe doch ein Hausbesitzer, der zugleich Gewerbetreibender sei, nicht weniger als 70 Steuer-Erklärungen im Jahr abzugeben und auch Steuerzahlungen zu leisten. Redner wandte sich noch gegen die Auswüchse, wie sie sich im Hausier- und Straßenhandel und in Wanderlager-Verkäufen geltend machen und forderte zur lebhaften Unterstützung der Kreditgenossenschaften auf, die im Kampf um die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens eine große Rolle spielen würden. Die 3½ Millionen Goldmark, die man dem gewerblichen Mittelstand zustehe, reichten bei weitem nicht aus, das Kreditbedürfnis zu decken. Aber auch der Zinsfuß sei noch zu teuer. Redner mahnte, man müsse darnach streben, wieder einen Spargroschen zu schaffen, dies sei um so notwendiger, weil der gewerbliche Mittelstand leider noch nicht an den sozialen Segnungen teilnimmt. Handel und Gewerbe haben noch eine Menge Auswüchse auszurotten. Aber in allen diesen Kämpfen, so versicherte der Vortragende, haben Sie uns an Ihrer Seite. Ohne einen gesunden Mittelstand ist ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. Die sehr trefflichen Ausführungen beschloß der geschätzte Redner mit Fichte's Worten: Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben! In diesem Sinne an die Arbeit! Glück auf, Sächsischer Kleinhandel!

„Das Wirken des selbständigen Mittelstandes vor, während und nach dem Kriege"

behandelte in instruktiver und tiefgründiger Form Herr Landtagsabg. **Ziller**-Dresden. Er führte etwa folgendes aus:

Die Periode des gestellten Themas umfasse einen Zeitraum von 15 Jahren. Man urteile über das Vergangene ruhiger und deshalb objektiver, doch müsse ein Bild entrollt werden, das Grau in Grau erscheine und nur wenige Lichtblicke aufweise. Das Merkmal des Jahres 1911 ist an der Hand der Jahresberichte der Gewerbekammer Dresden für die gesamte Wirtschaft ein zufriedenstellendes gewesen. Kleinhandel und Handwerk haben daran ihren Anteil gehabt. Trotzdem könne selbst in diesem guten Jahr weder von einer Hochkonjunktur, noch von einer stark ansteigenden Kurve gesprochen werden. Dem Aufstieg hätten aber so starke Hemmungen entgegengestanden, daß der Gewinn absorbiert worden sei. Das Gesamturteil lasse sich wie folgt zusammenfassen. Der Mittelstand bewegt sich auch in seinen besten Jahren nur wellenförmig über das allgemeine Niveau. Ein starker, bleibender wirtschaftlicher Erfolg ist ihm versagt. Konsumenten und Kleinhandel sind so eng verbunden, von einander abhängig, in durch die enge Beziehung gerade zu zusammengeschweißt. Der Kleinhandel ist die Vorratskammer der Hausfrau. Sein Umsatz und Gewinn steigt oder fällt je nach der Entlohnung oder Ablohnung der werktätigen Bevölkerung. Diese gegenseitige Abhängigkeit und das Aufeinanderangewiesensein ist ein festes Fundament der Wirtschaft, das weder durch Theorien, noch Gesetze umgestoßen werden kann. 1914 bringt einen farbenfreudigen Lichtblick. Die innere Einstellung des Mittelstandes, sein Gemüt, Charakter und Pflichtgefühl gegenüber Staat und Volk sei in der Entscheidungsstunde des deutschen Volkes geradezu erhaben zum Ausdruck gekommen. Das ist keine Ueberhebung gegenüber anderen Berufen, denn alle Schichten des Volkes hätten ihre Pflicht erfüllt. Aber in der Zeit der Irrungen des Volkes war der Mittelstand geläutert und habe treu zu seinen Idealen gestanden. Die wirtschaftliche Lage des Kleinhandels in der Kriegszeit sei schwer gewesen, müsse aber in den Kauf genommen werden. Die Nachkriegszeit habe jede, auch die bescheidenste Hoffnung zunichte gemacht. 1920 sei ein Martyrium gewesen. Der Redner schildert den Kampf der Wirtschaftsministerien im Reich und in Sachsen gegen die Wirtschaft und den Kleinhandel im besonderen. Der Kampf wurde eröffnet mit wirtschaftsfremden Tarifverträgen, die stets von dem Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt wurden. Ein Todesstoß sollte dem Kleinhandel durch die Wirtschaftskartelle versetzt werden. Ein weiteres Attentat lag in dem Beschluß der damaligen Volkskammer, durch ein Gesetz den Zwischenhandel ausschalten zu wollen. Die Wanderlager und das Landespreisamt erhöhten die Schwierigkeiten. Der Entwurf eines Gesetzes über eine Verbraucherkammer, die sich einseitig aus Konsumenten zusammensetzen sollte, war eine weitere Verirrung, mit der sich je eine Regierung blamiert habe. Heute erst übersehe man den ganzen Umfang der damaligen Gefahr, in der die Wirtschaft schwebte. Der wilde Handel, in dem Hehler und Schieber die sinkende Moral des Volkes unbehelligt ausnützen konnten, war ein weiteres Glied in der Kette der Hemmungen. Um die gleiche Zeit mutete die Regierung dem Handel und Kleinhandel zu, Erwerbslose nachträglich in eine Lehre zu nehmen, um eine sogenannte Umschulung der Erwerbslosen herbeizuführen. Ein weiterer Vorstoß des Reichswirtschaftsministeriums gegen die Wirtschaft wurde unternommen und versucht, den Aufbau der Arbeits- und Wirtschaftsräte durchzuführen und über diese Einrichtung die Handels- und Gewerbekammern zu besetzen. Auch dieser Vorstoß ist erfolgreich abgewehrt worden. Endlich wird im Dezember 1920 der Wunsch der Wirtschaft, in der bekannten Sozialisierungskommission vertreten zu sein, von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, der Wunsch sei eine Verkennung des Wesens der Sozialisierungskommission, denn diese bestehe aus einer Gruppe von Spezialisten. Die drei Abschnitte der Friedens-, Kriegs- und Nachkriegszeiten erbringen den Beweis, welchen schweren Kampf um die Existenz der Mittelstand führt. Im Jahre 1914 hatten sich 49,62 Proz. des Kleinhandels mit einem Einkommen unter 1400 Mk. begnügen müssen, 83,57 Prozent mit einem Einkommen von 601 bis 3000 Mark. 1920 seien es 78,38 Prozent gewesen. Der Mittelstand dürfe und wird nicht verzagen. Seine Ideale werden ihn erhalten. Sein Ziel ist, den Mittelstand zu einem Eckstein der Wirtschaft des Volkes und Vaterlandes zu gestalten. Die Freiheit, wie sie der Mittelstand verstehe, liege in der freiwilligen Uebernahme der Pflicht, Diener am Volke zu sein.

In überzeugender Weise sprach sodann Senator a. D. Reichstagsabgeordneter **Beythien**-Hannover über das Thema:

„Die Beschwerden des Kleinhandels, Regierung und Reichstag."

Seinen Ausführungen sei folgendes entnommen:

Mit Riesenkraft ringe das trotz des Selbstbestimmungsrechts der Völker um Land beraubte und mit schweren Lasten bedrückte Volk und Vaterland um seinen Wiederaufstieg. Ein Blick in die Vielgestaltigkeit seiner Wirtschaft habe den Hoffnungsglauben an eine neue Zukunft. Auf ein Volk, wie das deutsche, das sich anschicke, mit zäher Energie aus dem Zusammenbruch wieder emporzuarbeiten, müsse man mit Bewunderung aufschauen. Die Eigenschaften des deutschen Volkes stärken uns den Glauben an eine bessere Zukunft. Viele allerdings haben den Glauben an die Zukunft verloren. Man müsse aber dessen eingedenk sein, daß wir nicht mit Lamentationen, sondern nur mit Entschlüssen vorwärtskommen. Man dürfe auch nicht leichtfertig über die Tätigkeit der Parlamente hinweggehen. Den Kampf mit dem Leben dürfe man nicht untergehen lassen. Die Wiederaufrichtung des Kleinhandels und Gewerbes ist möglich durch gesetzliche Hilfe und Selbsthilfe. Die Hoffnung auf gesetzliche Hilfe ist nicht groß, da zu viele egoistische Kräfte zu überwinden wären. Kleinhandel und Gewerbe haben keine Sonderwünsche. Ihr Tun und Wollen wird geleitet von dem Blick auf das Gesamtwohl. Der eigenen Selbsthilfe sind Schranken gesetzt, denn alle Tüchtigkeit und individuelle Kraft zeitigt nur Tageserfolge; dagegen ist die Gesamtheit der Kräfte eine bedeutende Macht. Es ist deshalb Pflicht, zusammenzustehen in deutscher kaufmännischer Ehrbarkeit. Im Reichsparlament sind leider noch zu wenig Geschäftsleute, weil sie von ihrer eigenen Tätigkeit zu sehr in Anspruch genommen sind; der Reichstag ist jedoch besser als sein Ruf, denn er leistet trotz manchem Entgegenstehenden doch viel sachliche Arbeit. Aus dem sittlichen Zusammenbruch kann eben erst nach und nach wieder Gutes entstehen. Nun gilt es, die guten Grundlagen zu erhalten und auszubauen. Ganz besonders ist jetzt das Augenmerk auf eine gute Erziehung des Nachwuchses zu richten, wobei Schule, Fortbildung in Verbindung mit der Praxis und genaue Ueberwachung der seelischen Triebe in Betracht kommen. Glücklicherweise ist es heute schon nicht mehr so, daß die Prinzipale gewisse Befürchtungen gegen ihre Angestellten hegen müssen, vielmehr sieht die Mehrzahl doch auch schon wieder darauf, daß das Wohlwollen des Prinzipals oder Meisters emporhilft. Demut und Frömmigkeit sind Tugenden, die sich wieder mehr und mehr durchsetzen müssen. Nur wer selbst Achtung vor der Autorität empfindet, wird die höchste Kunst des richtigen Befehlens erlernen. Anscheinend ist die Einschachtelung der Arbeitsmöglichkeiten überwunden, und die Ausnutzung der Kraft und die Pflichterfüllung kommen wieder mehr zur Geltung.

So bedeutete wohl die Einbringung des verunglückten Antrages auf gesetzlichen 6-Uhr-Ladenschluß den letzten Versuch derer, die das Liebäugeln mit der Masse der gesunden Wirtschaftlichkeit vorziehen. Der Staat könnte garnichts Besseres tun, als den kleinen Geschäftsleuten und den Meistern das Wiederaufrichten zu erleichtern. Nun es wieder ehrliches Geld gibt, erwacht auch die Freude an der Arbeit wieder. Leider aber ist die Kaufkraft schwach, und die Kreditaussichten sind trübe. Kurzfristige Kredite verursachen mehr Schaden wie Nutzen. Wenn der Landwirtschaft hohe Kredite gegeben werden, dann haben auch die kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden Anspruch darauf. Nun hat der wirtschaftliche Konkurrenzkampf wieder auf der ganzen Linie eingesetzt. Man gebrauche aber nur edle Mittel zur Anpreisung der Waren, ahme nicht die Schwindelmanöver vieler Großstadtfirmen nach. Der Konkurrenzkampf hat aber auch ein Gutes: er regulliert die Preise und steigert den Wert der ehrlichen Arbeit. Auch die Konkurrenz der Konsumvereine gegen die Kaufmannschaft macht sich wieder mehr fühlbar, aber es muß sich zeigen, daß sich der tätige, tüchtige Geschäftsmann zu behaupten vermag. Nicht gegen die Form der Konsumvereine ist etwas einzuwenden, aber gegen die Agitation. Auch die Beamtenschaft, die doch zum Bürgertum gehört, zeigt sich vielfach als Gegnerschaft des Kaufmanns. Daneben stehen noch das Hausierer- und das Wanderlagerwesen sowie der Straßenhandel und nicht zuletzt das unsinnige Zugabewesen. Die Gewerbeordnung gibt nur dem Menschen mit verminderter Arbeitskraft das Recht zum Hausieren, nicht aber Automobilbesitzern, die vielfach sogar über der Grenze die Waren einkaufen und sie ohne Entrichtung von Umsatzsteuern absetzen. Es ist deshalb ein Antrag eingebracht, das Hausieren im Großen, besonders mit Automobilen, zu verbieten. Auch der Straßenhandel ist durch Kontrollvorschriften einzudämmen. Ein weiterer Antrag verlangt, daß vor Zulassung von Jahrmärkten die örtlichen Wirtschaftskreise zu hören sind. Der Behördenhandel ist schon gesetzlich verboten, doch wird das Verbot, das das Sammeln von Bestellungen in Behördenstuben untersagt, vielfach noch nicht genügend beachtet. Leider läßt sich bis jetzt die Reichsbahn, die sich jetzt als Privatunternehmen betrachtet; immer noch nicht zu einem Verbot bewegen. Der Beamte hat durch seinen Anspruch auf Pensionierung eine Stütze fürs Alter und Arbeitsunfähigkeit; der kleine Kaufmann und der Handwerker haben diese nicht, weshalb für sie jede Beeinträchtigung ihrer Existenzmöglichkeiten besonders empfindlich ist. Die Zwangswirtschaft ist nach Meinung aller bürgerlichen Parteien reif zur Abschaffung.

Bezüglich der Besteuerung muß gesagt werden, daß die Lage der Mittelstandskreise nicht genügend berücksichtigt wird. Vor allem ist es falsch, die Steuer nach dem Umsatz, nicht nach dem Verdienst zu berechnen. Das neue Steuerüberleitungsgesetz gibt Grund zu großer Enttäuschung. Bei Steuervorauszahlungen zuviel gezahlte Steuern werden nicht zurückvergütet, denn der Gesetzgeber sagt: Wer schafft mir Ersatz? Nur diejenigen haben jetzt das Recht auf Zurückforderung, die nachweisen, im vorigen Jahre durch Unglücksfälle u. dergl. Vermögensverluste erlitten zu haben. Dies alles schafft große Erbitterung im Mittelstand. Die Gemeinden verlangen das Recht auf Erhebung von Einkommensteuerzuschlägen, die wohl das Richtige wären; der Reichstag jedoch meint, daß ein Teil der Gemeinden und Gemeindeverbände besser dasteht wie der andere, wodurch eine Ungleichmäßigkeit geschaffen würde. Hinsichtlich der Umsatzsteuer ist zu hoffen, daß sie auf 1 Prozent gesenkt wird. Eine interessante Eigentümlichkeit ist es, daß sich die Einnahmen des Reiches aus der Umsatzsteuer durch ihre Herabsetzung nicht vermindert haben. Nicht zu verstehen ist es, daß Konsumvereine und dergl. von der Umsatzsteuer, wie im Reichsrat wieder beschlossen, befreit bleiben sollen. Hinsichtlich der Hauszinssteuer und der von ihr erhofften Beendigung der Wohnungsnot ist zu sagen, daß der Weg in die Freiheit vorzuziehen wäre, denn die öffentliche Hand hat zu viele Zwischeninteressenten. Die Aufwertungsfrage geht nun ihrer Erledigung entgegen. Dem betreffenden Ausschuß sind über 2700 Petitionen zugegangen. Der deutsche Mittelstand hat in dieser Sache einen ganz besonderen Schutz notwendig. In all diesen Gefahren des Wirtschaftslebens ist die Selbsthilfe das Gegebene. Treues Zusammenstehen in Organisationen und fleißiges Arbeiten in örtlichen Vertretungen tut den Kleinhändlern wie auch den Gewerbetreibenden besonders not. Gemeinsamer Einkauf und die Lieferung bester Waren zu möglichst niedrigen Preisen in Verbindung mit aufmerksamster Bedienung müssen die Hauptgrundsätze sein. Dem Rabattsparmarkenwesen ist besondere Beachtung zu schenken, denn gerade die Rabattgewährung gibt den Konsumvereinen gegenüber eine kräftige Stütze. Der deutsche Kaufmann, der deutsche Mittelstand muß sich nur selbst treu bleiben in seinen Grundsätzen und seinem Hoffnungsglauben. Dann geht es wieder aufwärts. Nutzen Sie alle Mittel der Selbsthilfe und der Zusammengehörigkeit aus. Glauben Sie an diejenigen, die als Ihre Führer berufen sind. Redner schloß: Glücklich das Zeitalter, welches uns wieder zeige, daß das, was wir wollen, zur Tat wird!

Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen der Vortragenden.

Im Anschluß an die Vorträge wurden nachstehende

Entschließungen

von der Versammlung einstimmig angenommen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unser geliebtes Vaterland erreichte die Kundgebung gegen ½6 Uhr ihr Ende.

I.

Die heute, am 28. Juni 1925 in Riesa zum 10. Sächsischen Kleinhandelstag versammelten ca. 400 Vertreter von weit über 40 000 im Landesausschuß des sächsischen Kleinhandels organisierten Geschäfts-Inhaber sind einmütig der Ueberzeugung, daß die Ueberhandnahme des Hausier- und Straßenhandels, des Wanderlagerunwesens, sowie des grassierte Formen angenommenen illegalen Handels den Verbraucherbelangen nicht dienlich ist, da sich hierbei nicht selten die Konsumenten zu Einkäufen verleiten lassen, die aus wirtschaftlichen Gründen besser unterblieben. Eine Eindämmung dieser zum Schaden des Volksganzen sich mehr und mehr einbürgernden Versorgung unter Ausschaltung der seßhaften Gewerbetreibenden, die mit Wiederkehren der Kundschaft rechnend, sich jederzeit auf den tatsächlichen Bedarf einstellen müssen, ist sowohl im volkswirtschaftlichen Interesse, wie auch aus steuerlichen Gründen dringend geboten. Die bestehenden Gesetze, in Sonderheit die in Ansehung der neuzeitigen Entwicklung als völlig unzeitgemäß und abwegig anzusprechende Reichsgewerbeordnung, sind nicht ausreichend, der ungesunden Entwicklung, noch viel weniger den Entartungen wirksam zu begegnen, die zum Nachteile der Verbraucherschaft in neuerer Zeit bei der Volksversorgung zu beobachten sind.

Der 10. Sächsische Kleinhandelstag beauftragt deshalb den Vorstand des Landesausschusses des sächsischen Kleinhandels, Sitz Dresden, sich an zuständiger Stelle für eine zeitgemäße Aenderung der Reichsgewerbeordnung einsetzen zu wollen und für baldige Durchführung dieser berechtigten Forderung besorgt zu sein.

II.

Eine im Bezug auf Preisbildung zweckwidrige Gesetzgebung, sowie die aus Anlaß des katastrophalen Währungsverfalles ohne Rücksichtnahme auf wirtschaftlich Schwache brutal durchgeführten notgesetzlichen Maßnahmen, haben in den am Kleinhandel und Kleingewerbe interessierten Kreisen die notwendige Kapital-Neubildung unmöglich gemacht. Darüber hinaus mußten die noch vorhandenen, an sich geringen Betriebsmittel einer übermäßigen steuerlichen Belastung geopfert werden. Klein-

SLUB
Wir führen Wissen.